Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 102 (2008)
Heft: 7-8

Artikel: "Prag 1968"
Autor: Spieler, Willy
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-389980

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

«Prag 1968»

:Noch immer packt mich die Wut, wenn ich an die Schreckensnacht vom 20./21. August 1968 denke. Mit der Zerschlagung des «Prager Frühlings» verpasste der Sozialismus, der sich für «real existierend» hielt, die letzte Chance, seine Fehlleistungen zu überwinden und doch noch zukunftsfähig zu werden. Das Modell eines demokratischen und freiheitlichen Sozialismus, das die tschechoslowakischen Reformkommunisten entwickelt hatten, begeisterte die Massen weit über Prag hinaus. Auch die kommunistischen Parteien Westeuropas erwarteten vom «Sozialismus mit menschlichem Antlitz» eine neue Legitimation, zumal der Kapitalismus schon damals kein globales Zivilisationsmodell sein konnte.

Der Anfang vom Ende des «realen Sozialismus»

Der «Prager Frühling» war insofern Teil der weltweiten 68er-Bewegung, als es hier wie dort um die Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft, insbesondere der Wirtschaft, ging. Dagegen konnten nur jene kommunistischen Parteien des «Ostblocks» ankämpfen, die von «Prag» eine ansteckende, ihr System destabilisierende Wirkung befürchteten, weil sie trotz allen sozialen Errungenschaften in den entscheidenden Fragen von Demokratie und Freiheit gegen ihre Völker regierten. Dagegen war auch die sowjetische Führung, die sich unter Leonid Breschnew zur militärischen Intervention entschloss und damit den «realen Sozialismus» erst recht in den Ruin trieb. Das gewaltsame Ende des «Prager Frühlings» sollte sich, wie der marxistische Historiker Eric Hobsbawm in seinem «Zeitalter der Extreme» schreibt, «als das eigentliche Ende der internationalen kommunistischen Bewegung mit Moskau als Zentrum erweisen. Allerdings konnte der sowjetische Block noch weitere zwanzig Jahre zusammengehalten werden, fortan aber nur noch durch die Androhung von sowjetischen Militärinterventionen. In diesen letzten zwanzig Jahren schienen sogar die Führungsriegen der kommunistischen Parteien jeden Glauben an das verloren zu haben, was sie taten.»

Der Prager Reformkommunismus irritierte aber auch das Kapital in der westlichen Welt, das nichts so fürchtete wie einen attraktiven Sozialismus. Die Erleichterung war unserem politischen Bürgertum anzumerken, als es sein System wieder als die beste aller Welten propagieren durfte. Bereits am 24. August 1968 frohlockte das «Vaterland», das damalige Zentralorgan des politischen Katholizismus in der Schweiz: «Freiheit und Kommunismus sind so unvereinbar wie Feuer und Wasser.» Allerdings hatte der «Prager Frühling» das genaue Gegenteil bewiesen: Sozialismus ist ohne Freiheit nicht lebensfähig. Aber auch die Freiheit bleibt ohne Sozialismus das Privileg Weniger, wie die Geschichte seit 1989 immer deutlicher zeigt.

Es hätte so nicht kommen müssen. Die es behaupten, glauben im Nachhinein nicht weniger an einen historischen Determinismus wie jene, die sich im Vornherein als die Sieger der Geschichte wähnten, wenn sie im Namen des Marxismus-Leninismus den Prager Frühling kaputtmachten. Es könnte auch wieder anders kommen, nicht wegen der Dialektik der Geschichte, sondern aus Ein-

sicht in die Notwendigkeit einer humanen Gesellschaft. «Der Sieg des Sozialismus ist durch nichts anderes verhindert worden als durch den Sozialismus.» So steht es bereits im «Sozialistischen Programm», das Leonhard und Clara Ragaz 1919 zusammen mit anderen Religiös-Sozialen veröffentlicht haben.

Lehren der Reformkommunisten

Die Prager Reformkommunisten standen seit Anfang 1968 unter der Führung von Alexander Dubček, der Antonín Novotný als Ersten Sekretär der Partei abgelöst hatte.

Die bisherige Struktur der Volkswirtschaft wurde als überholt erklärt, ihr wichtigster Kritiker Ota Šik zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Koordinator der Wirtschaftsreformen ernannt. Dieser suchte in einem ersten Schritt, die unternehmerische Freiheit wiederherzustellen, aber eben nicht als die Freiheit der «Oligarchen», «Heuschrecken» oder «Abzocker», wie sie 40 Jahre später heissen, sondern im Sinne einer Verlagerung der ökonomischen Entscheidungsbefugnisse von der Staats- und Parteibürokratie auf die einzelnen Unternehmenskollektive.

Die Zentralverwaltungswirtschaft hatte zu einem nicht mehr länger zu verantwortenden Verschleiss an Ressourcen geführt. Das staatliche Verteilungssystem garantierte nur gerade, dass die Produkte abgesetzt wurden, während ihre Qualität nicht den Bedürfnissen der – durchaus kaufkräftigen – Bevölkerung entsprach. Dem Plansoll kam es auf die Quantitäten an. Damit entfiel jeder Anreiz für die Werktätigen und die Betriebe, Qualität und Produktivität zu steigern. Gleichzeitig bestand ein Mangel an wichtigen Gebrauchsgütern des täglichen Bedarfs.

Die Reformkommunisten wollten eine sozialistische Marktwirtschaft einführen, in der Betriebe und Unternehmungen derselben Branche miteinander in einen Wettbewerb treten würden. So liesse sich das Interesse der Unternehmensleitungen und der Werktätigen an vollwertigen Produkten und geringem Ressourcenverbrauch wecken. Ferner sollten die Direktoren und Verwaltungsräte nicht mehr von oben eingesetzt, sondern durch die Belegschaften gewählt werden. Aber auch die Gewerkschaften hätten aufgehört, «Transmissionsriemen» der Partei zu sein, und sich auf die Interessen der Werktätigen konzentrieren können.

Šik sah nebst den Stärken natürlich auch die Schwächen des Marktes. Um Verzerrungen in den Einkommen und Vermögen vorzubeugen, um ferner Inflationen, zyklische Krisen, gar Massenarbeitslosigkeit zu verhindern, enthielt das Prager Modell eine Regulierung des Marktes durch Orientierungspläne zur staatlichen Steuer-, Geld- und Kreditpolitik. Eine Makroplanung nach den vitalen Bedürfnissen und Interessen der Menschen wäre Aufgabe eines Wirtschafts- oder Planungsrates gewesen, dem nebst demokratisch gewählten Mitgliedern auch Delegierte aller grossen Interessengruppen von den Konsumorganisationen bis zu den Gewerkschaften angehört hätten. – Ich schreibe im Konjunktiv, da dieser Makrobereich nicht mehr die Chance erhielt, verwirklicht zu werden. Der Konjunktiv drängt sich auch für die ökologischen Fragen auf, die 1968 in Ost und West noch kaum ein Thema waren, für die jedoch solche Wirtschafts- oder Planungsräte die geeigneten Umwelt- oder Nachhaltigkeitsgremien hätten werden können.

Kurz vor der sowjetischen Invasion bestand die tschechoslowakische Wirtschaftsdemokratie eine erste Bewährungsprobe. Ota Šik erinnerte sich in einem Spiegel-Gespräch mit Raymond Aron (19.4.1971): «In den freiesten Wahlen, die je in unserem Land stattgefunden haben, wählten die Arbeiter selbst die Räte von so hohem Niveau, wie es sie nie und nirgends zuvor gegeben hatte. Sie wählten Angehörige der technischen Intelligenz. Sie taten das aus eigenem Antrieb, und das war das Grossartige.»

Für die Prager Reformkommunisten konnte Demokratisierung der Wirtschaft jedoch nur gelingen, wenn auch der Staat selbst demokratisiert wurde. Das unterschied die tschechoslowakische Arbeiterselbstverwaltung von der jugoslawischen, die nur schon deshalb nie richtig funktionierte, weil hier die Partei das staatliche Entscheidungsmonopol für sich beanspruchte, folglich der Unternehmungsdemokratie und -autonomie zu enge Grenzen setzte. Nach den Vorstellungen der damaligen tschechoslowakischen KP hätte die staatliche Demokratie sich auf den Pfeilern einer umfassenden Wirtschaftsdemokratie entwickeln können. Selbst ein Mehrparteiensystem war in Griffnähe. «Die Kommunisten werden in dem Masse eine führende Rolle spielen», sagte Alexander Dub ek, «in dem sie sie unter demokratischen Verhältnissen gewinnen und erhalten; Autorität wird nicht ein für alle Mal erteilt, sie muss ununterbrochen erneuert werden» (Spiegel, 13.5.1968).

Unter Dubčeks Führung ist es der Partei gelungen, nach den bleiernen Jahren der Novotny-Ära das Vertrauen des Volkes zu gewinnen. Dank einer weitgehenden Presse-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit bildeten sich in kürzester Zeit unabhängige Diskussionszirkel, politische Gruppierungen und kulturelle Organisationen. Die Medien fanden zu einer offenen Sprache. Die Menschen bewegten sich sichtbar und fühlbar frei. Sozialismus wurde zum Synonym für aufrechten Gang, «Sozialismus mit menschlichen Antlitz» erwies sich, da selbstverständlich geworden, als Pleonasmus. Die Weltgeschichte schien eine Sekunde lang den Atem anzuhalten. Neues von bisher nie gekannter Attraktivität kam auf die politische Tagesordnung. «Prag» hätte weit über die Tschechoslowakei hinaus nicht nur den real existierenden Sozialismus demokratisieren und liberalisieren können, sondern auch den linken Parteien des Westens neue Wege gewiesen. Selbst das deutsche Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» – das ich hier mehr als sonst üblich zitiere – kannte damals bessere Zeiten und kommentierte: «Das kommunistischste, politisch bewussteste und zivilisierteste Volk Osteuropas tastet nach einem neuen, aufgeklärten Kommunismus – den man in Prag heute schon ‹demokratischen Sozialismus› nennt. Gelingt das Prager Experiment, könnte es nicht allein den Kommunismus wandeln und Europa verändern, es könnte einer ratlosen Welt neue Ufer weisen» (13.5.1968).

Zukunftsfähiger «dritter Weg»

Ota Šik hat in seinem Schweizer Exil nach 1968 das Prager Modell theoretisch weiter entwickelt und es mit Recht als «dritten Weg» bezeichnet. Was Schröder, Blair und andere Totengräber der europäischen Sozialdemokratie später so benannten, war nur noch die Farce eines sozial- und bildungspolitischen Fitnessprogramms für den Neoliberalismus. Nein, bei Šik wäre es um die Überwindung sowohl des zum Dogma erstarrten bürokratischen Staatssozialismus als auch des – damals noch gezähmten, aber letztlich unzähmbaren – westlichen Kapitalismus gegangen. Auf besonderes Interesse stiessen Šiks Vorschläge zur Neutralisierung des Kapitals in den Unternehmungen. Jenseits von kapitalistischem Produktionsmitteleigentum und kollektivistischem Staatseigentum wäre das Kapital beim einzelnen Unternehmen verblieben. Die Mitarbeitenden hätten es durch die gewählten Gremien nur produktiv nutzen, aber nicht unter sich aufteilen dürfen. So wären individuelle Kapitalakkumulation und private Verfügungsmacht über Produktionsmitteleigentum unmöglich geworden.

Leider mussten diese Überlegungen utopisch bleiben, weil mit dem Ende des «Prager Frühlings» kein Topos mehr war, wo sie hätten erprobt werden können: kein Land mehr, das mit einer demokratischen Tradition und einer «bürgerlichen Revolution im Leib» (Ernst Bloch) den

Aufbruch wagte. Wo immer sich in Zukunft solche Topoi wieder herausbilden sollten, könnten jedoch das Prager Experiment und Ota Šiks «dritter Weg» als Beispiel dienen. Šik wollte vielleicht zuviel, wenn er nach 1968 im U-Topos Schweiz ein ganzes Bündel von konkreten Massnahmen für seinen «dritten Weg» entwarf, die er später unnötigerweise als «Mischmasch» disqualifizierte. Ein «dritter Weg» kann nicht am Reissbrett entworfen, sondern muss durch «Versuch und Irrtum» in demokratischer Auseinandersetzung entwickelt werden.

Dabei gäbe es eine Reihe von Fragen zu klären: Ist Produktionsmitteleigentum immer zu neutralisieren? Könnte es in kleinen Handwerksbetrieben nicht beim bisherigen Eigentümer-Unternehmer bleiben, sofern er mit seinem Eigentum persönlich und unbeschränkt haftet und erst noch im Betrieb arbeitet? Oder sollten in diesem KMU-Bereich genossenschaftliche Formen begünstigt (nicht erzwungen) werden? Die Frage stellt sich auch für die kleinbäuerlichen Verhältnisse, in denen rund die Hälfte der Menschen weltweit leben. Müssten umgekehrt die grössten transnationalen Konzerne nicht erst einmal zu übersichtlichen Einheiten aufgegliedert werden, damit Wirtschaftsdemokratie überhaupt Sinn machen würde? Wie würden sich Markt und Plan zueinander verhalten? Welcher von beiden hat wann, wo und wie den Vorrang? – Der «dritte Weg» lässt viele Alternativen offen. In dieser Offenheit ist er weit demokratischer als die neoliberale Eindimensionalität von TINA (There Is No Alternative).

Aber war der «dritte Weg» nicht insofern undemokratisch, als er – jedenfalls in der Absicht der Prager Reformkommunisten – die Restauration des Privateigentums an den Produktionsmitteln von Verfassung wegen ausschliessen wollte? Tun das spiegelverkehrt nicht auch die bürgerlichen Ideologen und Staatsrechtlerinnen mit der hochgehaltenen Eigentumsgarantie? So ist diese nach dem deutschen Verfassungsgericht unvereinbar mit einer strikt paritätischen, gar majoritären Mitbestimmung der Arbeit mit dem Kapital. Die Prager Reformkommunisten wollten eine Entwicklung verhindern, die später zum Siegeszug des Neoliberalismus ausartete. Dass der Erfinder des Begriffs «Marktwirtschaft ohne Adjektive» später einmal Minister- und Staatspräsident Tschechiens werden sollte, ist ein Treppenwitz der Geschichte, für den sich die Neoliberalen postum bei Leonid Breschnew bedanken können.

Drei Jahre nach der samtenen Revolution referierte in Prag ein NZZ-Redaktor namens Gerhard Schwarz, es gelte Abschied zu nehmen von der «bequemen» These, «Marktwirtschaft und Demokratie gehörten zusammen wie Zwillinge». Er lobte das chilenische Modell, das «seinen Weg zu Marktwirtschaft und Wachstum einer brutalen Diktatur» verdanke. Auch in den ehemals «realsozialistischen» Ländern brauche es diktatorische Methoden, wenn sich anders der Neoliberalismus nicht durchsetzen lasse. Der «Systemwechsel» laufe sonst «permanent Gefahr, in einen zum Scheitern verurteilten ‹Dritten Weg› zwischen Plan und Markt zu münden» (NZZ 11./12. 1.1992).

1968 ist der «dritte Weg» in der Tat gescheitert, aber nicht an sich selbst, nicht an eigenen Unzulänglichkeiten und Widersprüchen, sondern an den vermeintlichen Interessen der einen Supermacht, die um ihr Herrschaftssystem, aber auch um ihr strategisches «Glacis» gegenüber der anderen Supermacht fürchtete. So ist der «Prager Frühling» eine weitere «gefährliche Erinnerung» an 1968. Sie gilt es wachzuhalten, damit wir wissen, wie denn die andere Welt aussehen könnte, von der wir sagen und hoffen, dass sie möglich sei. •